



Zur Zukunft des ländlichen Raumes  
Ein Fachgespräch der Fraktion

DIE LINKE im Niedersächsischen  
Landtag

Tagungsband

**DIE LINKE.**  
Fraktion  
im Niedersächsischen Landtag



# Inhaltsverzeichnis

<b>Beginn:</b> „DIE LINKE ARBEITET FÜR DAS GANZE LAND“ Begrüßungsrede von Marianne König, MdL, agrarpolitische Sprecherin	4
<b>Referat:</b> Ländliche Räume in Niedersachsen - Stand und Perspektive Luise Fauerbach-Geiken	8
<b>Referat:</b> Wie weiter mit Infrastruktur und Grundversorgung? Thorsten Osigus	11
<b>Resümee:</b> Ländliche Räume in Niedersachsen – Vielfalt erhalten und ausbauen Marianne König, MdL	13
<b>Referat:</b> Mehr Mobilität im ländlichen Raum – aber wie? Hans-Gerd-Öfinger	14
<b>Resümee:</b> Mobilität ist Voraussetzung für Teilhabe Ursula Weisser Roelle, MdL	17
<b>Referat:</b> Armut auf dem Land – gibt es das? Dr. Stefan Hochstadt	19
<b>Resümee:</b> Armut auf dem Land – Ausschluss aus der Gemeinschaft? Patrick Humke, MdL	21
<b>Fazit:</b> Wir dürfen das Land nicht abhängen! Kreszentia Flauger, MdL, Fraktionsvorsitzende	22
<b>Impressum</b>	23

## „DIE LINKE ARBEITET FÜR DAS GANZE LAND“ Begrüßungsrede von Marianne König, MdL, agrarpolitische Sprecherin

Liebe Gäste, ich möchte Sie herzlich willkommen heißen auf der ersten Fachtagung zur Zukunft des ländlichen Raums der Landtagsfraktion DIE LINKE.

Zu dieser Tagung war es im doppelten Sinne ein weiter Weg: Viele von Ihnen sind heute aus sehr unterschiedlichen Teilen Niedersachsens hier her gekommen und haben sich dadurch einen erneuten Eindruck verschafft von der Weite und Größe des ländlichen Raums in unserem Bundesland. Dafür danke ich Ihnen an dieser Stelle besonders! Es war aber auch für uns als LINKE ein weiter Weg: DIE LINKE in Niedersachsen hat ihre Ursprünge in den Städten, sie wurde geprägt von Menschen aus den Gewerkschaftsorganisationen und Belegschaften der großen und mittleren Industriebetriebe. Dies hat sich in den vergangenen Jahren grundsätzlich geändert: Unsere Anliegen wie Soziale Gerechtigkeit, nachhaltiges und demokratisches Wirtschaften, Zugang zur öffentlichen Infrastruktur oder gesunde Ernährung für Kinder sind Themen, die nicht nur in Städten, sondern gerade auch in den vielen Dörfern und Samtgemeinden eine immer größere Rolle spielen. In der Folge haben wir einen immer größer werdenden Erwartungsdruck und eine immer größer werdende Bereitschaft zum solidarischen Engagement in der LINKEN erfahren. DIE LINKE und ihre Fraktion arbeiten heute nicht nur in Städten für Städter, sondern im und für das ganze Land.



Marianne König, MdL

Mich hat schon überrascht, wie festgefahren die Diskussionen im Landtag sind. Aus diesem Grund habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, für die Menschen in Niedersachsen insgesamt eine Verbesserung der Lebensverhältnisse zu erreichen. Der im Grundgesetz und der niedersächsischen Verfassung verankerte Auftrag an die Politik, für „gleichwertige Lebensverhältnisse“ in ganz Niedersachsen zu sorgen, war dafür der Ausgangspunkt eines Weges, der letztendlich uns alle hier nach Verden geführt hat.

Niedersachsen ist ein Flächenland mit einer großen Vielfalt von Lebensräumen: Küstenlandschaft und Watt, die Heidelandschaft, der Harz – große Flächen mit überwiegend dörflicher und kleinstädtischer Siedlungsstruktur. Wenn man durch unser Land fährt, könnte man auf den ersten Blick den Eindruck haben, vieles wäre gut: Es gibt keine verödeten und entvölkerten Landstriche – viele Dörfer sehen auf den ersten Blick schön aus, die Menschen gestalten ihre Umwelt lebenswert. Ich meine jedoch, man muss genauer hinschauen, als nur auf die gut gepflegten Gärten der Neubauviertel am Ortsrand. Wertet man die Ergebnisse unserer Großen Anfrage an die Landesregierung aus, und zieht man die einschlägige Fachpresse und Fachliteratur hinzu, kommt man zu einer Problembeschreibung, auf die ich im folgenden einige Schlaglichter werfen möchte:

1. Es gibt im ländlichen Raum eine zunehmende Armutsproblematik. Mehr als 30 Prozent der bäuerlichen Haushalte sind armutsgefährdet. Massentierhaltung und der Wandel zur agrarindustriellen Landwirtschaft bedrohen die kleinen und mittelgroßen landwirtschaftlichen Betriebe in Familienbesitz. Die Angst vor dem Verlust der Selbstständigkeit oder des gepachteten Hofes führen zu einer großen Verunsicherung und einer unterschwelligen aber fortschreitenden Destabilisierung der ländlichen Gesellschaft. Armut auf dem Land ist anders als Armut in der Stadt: Sie ist noch stärker mit Stigmatisierung und Ausschluss verbunden, und es bedürfte dringend einer ganzheitlichen Strategie, um sie wirksam zu bekämpfen.
2. Neben den Menschen droht auch den ländlichen Kommunen die Verarmung. Gerade da, wo großflächig staatliche Infrastruktur erhalten werden muss, von Straßen bis hin zu Schulen, merkt man besonders, dass das Land den Kommunen durch Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich das Wasser abdreht, das sie zum Leben brauchen. Hier ist schon lange eine gerechte Finanzreform notwendig.
3. Die Landesregierung selbst räumt ein, dass es schon jetzt abgehängte Regionen gibt. Diese werden noch beschönigend als „strukturschwach“ oder „in peripherer Lage“ gekennzeichnet. Dabei handelt es sich insbesondere um die ländlichen Regionen Nord-Ost-Niedersachsens, den Harz, das Leine- und Weserbergland sowie den ganzen Unterweserbereich mit Wilhelmshaven und Cuxhaven. Hier nimmt die Versorgung mit öffentlicher Infrastruktur, wie Postfilialen, ab. Eine flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandnetzen ist nicht zu erwarten. Damit werden wirtschaftliche Entwicklungschancen fahrlässig verspielt.
4. In den nächsten 20 Jahren wird es bei einer immer älter werdenden Bevölkerung zu Engpässen in der medizinischen Versorgung kommen. Schon jetzt können viele Praxen nicht mehr übergeben werden, in vielen Orten fehlen Ärzte, und Menschen müssen weite Strecken fahren, um zu Fachärzten zu kommen. Es darf nicht sein, dass die Chance auf eine hinreichende medizinische Versorgung so stark am Wohnort hängt, wie dies in Niedersachsen zurzeit der Fall ist. Überhaupt Mobilität: Die Landesregierung hält den Individualverkehr für die Verkehrsform der Zukunft. Man sollte aber unter keinen Umständen auf einen leistungsfähigen öffentlichen Verkehr mit Bus und Bahn verzichten.
5. Wir brauchen dringend Maßnahmen zu einer echten Revitalisierung der Dorfkerne und ein Programm für die Stärkung der Ortschaften. Die Attraktivität des Lebens- und Arbeitsraums in kleinen und mittleren Ortschaften ist ein Megathema, gerade in Zeiten des demographischen Wandels. Wo keine Läden mehr sind, da verwandeln sich Dorfgemeinschaften in reine Wohn- und Schlafstätten, da wandern junge Menschen ab.

6. Wir brauchen auch ein Umdenken in der landwirtschaftlichen Produktionsweise, die immer noch das Rückgrat der Wertschöpfung im ländlichen Raum ist. Niedersachsen ist das Schlusslicht, was den Flächenanteil der ökologischen Landwirtschaft in Deutschland, wir importieren ökologisch erzeugte Produkte. Dies ist meiner Hinsicht nach nicht länger hinnehmbar.

Diese Feststellungen zeigen, dass ein landesweites Konzept für die ländlichen Regionen Niedersachsens auf die Agenda der Landespolitik gehört. Und weil wir von den Experten aus den Ministerien nur die üblichen Antworten bekommen hätten, haben wir im Landtag eine „Landeskonferenz ländlicher Raum“ vorgeschlagen. Mit dem Ziel, dass Vertreterinnen und Vertreter aller Gruppen, Initiativen, Kommunen, Gewerkschaften und Unternehmen gemeinsam und auf Augenhöhe mit der Politik einen strukturpolitischen Handlungsvorschlag für die kommenden zwei Jahrzehnte diskutieren und entwickeln.

Es wird nicht überraschen, dass CDU und FDP diese Forderung abgelehnt haben. Deswegen wollen wir selbst unter breiter Beteiligung möglichst vieler unterschiedlicher Menschen den Versuch wagen, Konzepte für die Zukunft des ländlichen Raums zu entwickeln und in den Landtag einzubringen. Diese genauer zu bestimmen ist eine der Aufgaben des heutigen Fachgesprächs.

*Marianne König, MdL,  
Sprecherin für Agrarpolitik,  
Verbraucherschutz und ländlichen Raum*

# Referat: Ländliche Räume in Niedersachsen

## - Stand und Perspektive

Drei Viertel der Bevölkerung auf über 80 Prozent der Landesfläche Niedersachsens leben in ländlichen Räumen. Das Kennzeichen ländlicher Räume ist ihre natur- und kulturräumliche Vielfalt, eine geringe Bevölkerungsdichte, eine niedrige Zentralität der Orte und eine hohe Dichte in den zwischenmenschlichen Beziehungen. Diese Erkenntnis ist wichtig für alle Strategieansätze zur Entwicklung ländlicher Räume. Regionen, in denen eine geringe Bevölkerungsdichte und wirtschaftliche Strukturchwäche zusammentreffen, geraten zunehmend in eine Spirale kumulierender negativer Entwicklungen. Die Tragfähigkeit von Einrichtungen und Angeboten der öffentlichen Daseinsvorsorge kann dann in der bisherigen Form nur sehr schwer aufrechterhalten werden.



Luise Fauerbach-Geiken

### Landwirtschaftlicher Strukturwandel

Das traditionelle Dorf ist landwirtschaftlich geprägt. Der Verlust der dörflichen Landwirtschaft und die Entwicklung des Dorfs hin zum modernen Wohnort ist eines der auffälligsten und folgenreichsten Strukturmerkmale des sozialen und wirtschaftlichen Wandels in unserer Gesellschaft. Neben der Intensivlandwirtschaft in den Agrar-Kompetenzregionen gibt es in Niedersachsen eine bäuerliche Landwirtschaft, die infolge des europäischen Wettbewerbs unter starkem Entwicklungsdruck steht. Hinzu kommen die Entwicklungen in der Energiewirtschaft, die von großer Bedeutung für die Raumordnung und Landesplanung sind.

### Demographischer Wandel

Der demographische Wandel ist im ländlichen Raum angekommen. Die rückläufige Bevölkerungsentwicklung hat in vielen Bereichen eine zurückgehende Bedarfsentwicklung in den Kommunen zur Folge. Der Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung an der Universität Bielefeld, Prof. Dr. Birg, betrachtet die Wirkungen der demographischen Schrumpfung und Alterung auf vier Ebenen:

**Regionale Ebene:** Disfunktionalitäten im Leistungsangebot der Verwaltung und Schwächung des Wirtschaftswachstums mit negativen Folgen für Steuereinnahmen und kommunalen Finanzen.

**Soziale Ebene:** Entsolidarisierungsprozesse als Folge wachsender Interessengegensätze zwischen den Generationen und zwischen den Bevölkerungsgruppen mit beziehungsweise ohne Kinder. Schwächung der Verwandtschaftsnetze als Träger der Primärleistungen bei der Pflege und als Netz im Fall existenzieller Not.

**Gesellschaftliche Ebene:** Integrationsprobleme und Desintegrationsprozesse als Folge der Einwanderungen (Multiminoritätengesellschaft versus multikulturelle Gesellschaft).

**Wirtschaftliche Ebene:** Kapitalentwertungs- und Desinvestitionsprozesse als Folge stagnierender Nachfrage und wachsender Aufwendungen für die soziale Sicherung mit der Folge niedriger Wachstumsraten des Volks- und Pro-Kopf-Einkommens. Die demographische Alterung und Bevölkerungsschrumpfung ist ein sich selbst tragender Prozess mit negativen Auswirkungen auf den Wohlstand.

### **Struktur- und Förderpolitik**

Müssen wir in der Struktur- und Förderpolitik neue Wege gehen? Mit gezielten Fördermaßnahmen und wachsendem Erfolg wurde in den letzten Jahrzehnten der Verschärfung regionaler Unterschiede entgegengewirkt (zum Beispiel bei agrarstrukturellen Vorplanungen, Flurbereinigungsverfahren, Dorferneuerungsverfahren und ländlichem Wegebau). Heute erfordert die größere Komplexität der Strukturen im ländlichen Raum konzeptionelle Reformen in der ländlichen Entwicklungspolitik, die sich verstärkt sektorenübergreifende und partizipative Ansätze zunutze machen.

### **Perspektiven für den ländlichen Raum**

Wir brauchen neue Wertschätzungen und Differenzierungen im ländlichen Raum, denn ein Verantwortungsrückzug des Staates bedeutet die Gefahr einer Vertiefung regionaler Disparitäten und einer weiteren Schwächung des ländlichen Raums. Das Regional- und Lokalbewusstsein im ländlichen Raum könnte eine Art Ausgleichsbewegung zur Globalisierung in Gang bringen. Der Rückzug des Staates aus der Fläche verlangt ein neues bürgerschaftliches Engagement. Ziel ist es, die Eigenartigkeit und Funktionsfähigkeit der ländlichen Räume als eigenständige Wohn-, Arbeits- und Sozialräume im Siedlungsgefüge zu erhalten.

Die Entwicklung des ländlichen Raums ist ein Prozess. Für eine erfolgreiche Regionalentwicklung sind die Potenziale und das Engagement der Bevölkerung eine grundsätzliche Voraussetzung. Gefordert sind Entwicklungsstrategien nach dem „bottom-up-Prinzip“. Nur starke Regionen und Dörfer können den ländlichen Raum auf Dauer sichern.

*Luise Fauerbach-Geiken,  
stellvertretende Vorsitzende der  
Niedersächsischen Akademie Ländlicher Raum*

## Referat: Wie weiter mit Infrastruktur und Grundversorgung?

Diese hochkomplexe Frage lässt sich innerhalb eines Kurzvortrages nicht abschließend beantworten. Daher möchte ich eingangs auf die Notwendigkeit und die Ausgestaltung von Grundversorgung und Infrastrukturen für die niedersächsischen Gebietskörperschaften eingehen, anschließend dann mögliche Gestaltungsspielräume aufzeigen und Handlungsempfehlungen geben.

Der Begriff der Grundversorgung wird synonym für Daseinsvorsorge verwendet. Unter Daseinsvorsorge versteht man die Bereitstellung all jener Güter und Dienstleistungen, an denen ein öffentliches Interesse besteht. In Deutschland rechnet man unter anderem die Versorgung mit Energie, Wasser, Telekommunikation, öffentlichem Nah- und Fernverkehr, Post sowie Abfall- und Abwasserentsorgung dazu. Auch Kulturangebote, Gesundheitsdienste, Kinderbetreuung, Schulbildung und Altenpflege werden zur Daseinsvorsorge gezählt.



Torsten Osigus

Aus der Daseinsvorsorge werden gesetzliche Mindestrichtlinien abgeleitet, sie hat deshalb auch eine Wirkung auf das allgemeine rechtliche Rahmengerüst. Die Einrichtungen der Daseinsvorsorge bedürfen meist einer eigenen Infrastruktur, die in zwei Arten kategorisiert werden kann: Einerseits die technische Infrastruktur, bestehend aus Verkehrswegen, Kanalisation, Gas, Fernwärme, Strom, Trinkwasserversorgung und Telekommunikationseinrichtungen. Andererseits die soziale Infrastruktur mit Einrichtungen wie Schulen, Polizei, Brandschutz, Rettungsdiensten, Pflegeeinrichtungen, Kindertagesstätten, Beratungs- und Serviceeinrichtungen sowie Begegnungsstätten, Krankenhäusern, Ärzten und Apothekern aber auch Einrichtungen der Naherholung.

### Folgen des demografischen Wandels

Im Zuge des demografischen Wandels entstehen insbesondere bei den sozialen Infrastruktureinrichtungen besondere Anpassungsbedarfe. Unter demografischem Wandel versteht man die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung über einen bestimmten Zeitraum. Die Alterung der Bevölkerung führt zu einer Verschiebung der einzelnen Lebensabschnitte, wie Schul-, Arbeits- oder Ruhestandsphasen. In Niedersachsen wird ab 2025 eine deutliche Steigerung der Bevölkerung in der Ruhestandsphase erwartet, während der Anteil der Bevölkerung in der Ausbildungsphase, wie Schulen und Kindergärten, deutlich zurückgehen wird.

Die Verschiebung der Altersstruktur und der Bevölkerung wird voraussichtlich regional unterschiedlich erfolgen. Landkreise wie Vechta, Emsland, Harburg oder Städte wie Hannover, Braunschweig und Hildesheim erwarten keinen Bevölkerungsrückgang, während besonders die Land-

kreise in Südostniedersachsen oder an der Wesermündung mit deutlichen Bevölkerungsrückgängen von über 20 Prozent rechnen müssen. Diese Unterschiede werden auch innerhalb der Landkreise auftreten, wobei meistens ein Rückgang der Bevölkerung stattfinden wird.

Der demografische Wandel wird sich durch geringere Schüler- und Auszubildendenzahlen ausdrücken sowie eine allgemein geringere Arbeitslosigkeit, verbunden mit einer erhöhten Frauenerwerbstätigkeit. Die Mobilität wird gleich bleiben, möglicherweise sogar zunehmenden. Diese Veränderungen wirken auf die kommunalen Haushalte und führen aufgrund der zurückgehenden Einwohnerzahlen zu einer Verringerung der Einnahmen aus Einkommenssteuer, Zuwendungen und Zuweisungen. Die für die Daseinsvorsorge benötigte technische Infrastruktur wird auf dem heutigen Niveau erhalten bleiben, während bei der sozialen Infrastruktur mit einem Abbau zu rechnen ist. Diese Ungleichheit führt zu einem steigenden Anteil von Infrastrukturkosten pro Einwohner in den öffentlichen Haushalten.

### **Anpassungsstrategien an den Wandel**

Unterschiedliche Ansätze können eine Verringerung der Kosten oder eine bessere Auslastung der bestehenden Infrastrukturen bewirken: Modernisierungsprozesse innerhalb von Verwaltungen oder auch Kooperationen zwischen Verwaltungen verringern die Belastung für die kommunalen Haushalte. Attraktivitätssteigerungen der Gemeinden, wie eine größere Familienfreundlichkeit, eine freiere Baugestaltung oder die Ausrufung als Künstler- oder Themenort wären weitere mögliche Anpassungsstrategien. Denkbar wäre auch ein Rückbau von Infrastrukturen, das aber nur in Ausnahmefällen, weil dieser meist den Verpflichtungen der Daseinsvorsorge entgegen steht.

Es könnte ein Stopp der Neuausweisung von Baugebieten erfolgen, da diese nur bei Vollaustattung einen kurzfristig positiven Effekt, langfristig meist aber eine negative Wirkung auf den Haushalt haben. Demgegenüber wäre die Bebauung von Baulücken oder die Erneuerung alten Hausbestandes, auch durch Abriss und Neubau, auf Grund des bestehenden Anschlusses an die Infrastruktur weniger haushaltsrelevant. Generell könnte der Verzicht auf neue, zusätzliche Infrastruktur in Betracht gezogen werden. Auch wären dezentrale Infrastrukturen wie Kleinstkläranlagen, statt langen Leitungswegen zu Großanlagen, langfristig kostengünstiger. Die vorgenannten Lösungsansätze sind abhängig von den örtlichen Gegebenheiten und sicherlich nicht überall gleich umsetzbar.

Insgesamt gilt es, für die benötigten örtlichen Anpassungen regionale Förderprogramme zu nutzen, eine bessere regionale Datenauswertung durchzuführen, beispielsweise mittels Wohnungsmarktanalysen und Bevölkerungsprognosen, sowie öffentlich und transparent zu arbeiten.

*Torsten Osigus  
wissenschaftlicher Mitarbeiter des Lehrstuhls  
für Wirtschaftspolitik und Mittelstandsforschung an der Uni Göttingen*

## Resümee: Ländliche Räume in Niedersachsen – Vielfalt erhalten und ausbauen

Grundversorgung und Infrastruktur sind auch auf dem Land nicht zum Nulltarif zu haben. Viele Gemeinden und Landkreise, gerade in den so genannten strukturschwachen ländlichen Räumen Niedersachsens, befinden sich an der Grenze ihrer Handlungsfähigkeit. Die heikle Haushaltsentwicklung der Gemeinden und Landkreise hat eine Reihe von Gründen, einige wurden in den voranstehenden Beiträgen angesprochen. In der Debatte wurde aber auch ganz deutlich gemacht, dass diese Entwicklung vor allem die Folge von kommunalfeindlichen Bundes- und Landesgesetzen ist, die eine gerechte Umverteilung und einen gerechten Finanzausgleich verhindern. Die Debatte, wie mit dieser Tatsache in den ländlichen Räumen umzugehen ist, bleibt spannend.



Marianne König, MdL

Wir werden immer wieder auf den Zusammenhang zwischen Bundes- und Landesgesetzgebung und der Finanzschwäche der Kommunen hinweisen und für eine Änderung dieser ungerechten Verteilung kämpfen. Gleichzeitig ist jedoch das alltägliche Leben in den ländlichen Räumen zu meistern. So sind Vorschläge, weniger in einzelne Neubaugebiete zu investieren, dafür in die Erhaltung der Dorfkerne, sicherlich nicht von der Hand zu weisen. Auch die Empfehlung, Kooperationen einzugehen statt zu privatisieren, sollte Eingang in die Überlegungen von Kommunalpolitikern finden. Andere Überlegungen, wie etwa eine Verkleinerung von Ortsräten, würden dagegen zu einer Verringerung der demokratischen Vielfalt führen.

Das Stichwort „Vielfalt“ warf in der Debatte weitere Fragen auf: Warum werden Demographie und rückläufige Einwohnerzahlen in ländlichen Regionen diskutiert, die Migration aber völlig ausgeblendet? Öffnen sich Dorfgemeinschaften ausreichend, so dass neue Einwohner auch willkommen geheißen werden? Oder wird nur der Bevölkerungsrückgang beklagt? Welche Auswirkungen könnte der ökologische Umbau der Wirtschaft haben und welche Chancen eröffneten sich dadurch? Nicht alle Fragen konnten abschließend behandelt werden. Die Debatte zeigt, mit welchen Fragen wir LINKE uns zukünftig auseinander setzen sollten.

*Marianne König, MdL,  
Sprecherin für Agrarpolitik,  
Verbraucherschutz und ländlichen Raum*

## Referat: Mehr Mobilität im ländlichen Raum – aber wie?

Erschwingliche Mobilität für alle Menschen ist ein wichtiges Merkmal linker Verkehrspolitik und auch Teil der sozialen Frage. Dabei bleibt auch nach 175 Jahren der Schienenverkehr das Rückgrat einer sozialen und ökologischen Verkehrsinfrastruktur für Personen und Güter. Er muss erhalten und ausgebaut werden. Viele Bahntrassen aus dem 19. Jahrhundert sind ertüchtigt und elektrifiziert und daher auch heute noch mit hohen Geschwindigkeiten befahrbar. Aber es gab einen schubweisen Abbau des Netzes in der alten BRD seit den 1960ern und in der Ex-DDR ab 1991. Seit dem Einstieg in die Privatisierung 1994 wurden weitere Netzkapazitäten abgebaut.

### Ganze Regionen wurden abgehängt

Mit einer schrittweisen Privatisierung und Zerschlagung der Deutschen Bahn AG (DB) ab 1994 sollte der Anteil der Schiene am Gesamtverkehr gestärkt werden. Doch das Gegenteil ist eingetreten. So wurden etwa mit der Einstellung des IR (Interregio) ganze Regionen vom Personenfernverkehr abgehängt. Die DB setzt einseitig auf den ICE-Fernverkehr und teure Neubaustrecken ohne Nutzen für die meisten Anwohner. Die Alternative liegt in der Ertüchtigung des gesamten Netzes. Wir brauchen also viele kleine Ausbaumaßnahmen statt weniger Mega-Projekte. Auch Winterchaos und andere Pannen sind eine Folge von Zerschlagung und Renditedruck. Der Kahlschlag bei ländlichen Bahnhöfen durch Verkauf der Immobilien und Abzug von Personal hinterlässt eine Servicewüste ohne das Gefühl von Sicherheit, ohne Hilfe für Menschen mit eingeschränkter Mobilität, ohne touristische und allgemeine Informationen.

Der Schienengüterverkehr hat einen beispiellosen Rückgang erfahren. Dies ist vor allem eine Folge der Ausrichtung der Verkehrspolitik auf die Straße und wurde durch die Privatisierung verschärft. So kam es zur Einstellung des Stückgutverkehrs. Das DB-Projekt MORA C (Marktorientiertes Angebot Cargo) verordnete ab 2000 den Rückzug aus allen Bereichen, die nicht die geforderte Rendite bringen, und beschleunigte die Konzentration auf Fernverbindungen mit Ganzzügen. Industriebetriebe wurden abgehängt. Regionaler Schienengüterverkehr findet weitgehend nicht mehr statt.

Früher war die Eisenbahn Partner der Landwirtschaft – mit Spezialzügen für Vieh, Zuckerrüben, Milch oder Kartoffeln. Das alles wurde auf die Straße verlagert. Früher waren Post und Bahn eng verzahnt. Der Transport wurde fast vollständig auf Straße und Flugzeug verlagert. All dies bringt weniger Lebensqualität für Anwohner von Fernstraßen oder Ortsdurchfahrten.



Hans-Gerd Öfinger

## **Nachteile der Privatisierung**

Mit der Liberalisierung des Güterverkehrs kamen neue private Güterbahnen, Leiharbeitsfirmen und eine extreme Flexibilisierung der Arbeit auf. Darunter leidet auch die Streckenkenntnis der Lokführer. Nach dem Unglück in Hordorf (Sachsen-Anhalt) wurde bekannt, dass Lokführer bei privaten Güterbahnen oft ungünstige Arbeitszeiten haben und übermüdet sind. Die Explosion eines Güterzugs mit Gefahrgut in Viareggio (Toscana) riss Anlieger in den Tod. In Peine verunglückte 2010 ein Güterzug, der aus einer Lok der Mittelweserbahn (MWB) und niederländischen Miet-Waggons bestand. Mit einer effektiven Kontrolle ist das Eisenbahnbundesamt (EBA) überfordert.

Trotz alledem wollen EU-Kommission und Verkehrspolitiker der Schiene noch mehr „Wettbewerb“ verordnen. Im Personenfernverkehr sind Private risikoscheu und hat die DB nach wie vor einen Anteil von rund 99 Prozent. Seit der „Regionalisierung“ des Schienenpersonennahverkehrs findet zunehmend ein Ausschreibungswettbewerb statt, denn staatliche Regionalisierungsgelder versprechen hohe Renditen. Niedersachsen hat für die Privatbahnen im ÖPNV einen „Fahrzeugpool“ eingerichtet, der nach Aussage von Minister Bode „mögliche Finanzierungsrisiken ausschließt“. So ist hier auch die Verdrängung der DB Regio durch Privatbahnen wie Metronom, Benex, Keolis/Eurobahn, Veolia/Nordwestbahn oder Abellio weit fortgeschritten. Dahinter stecken meistens privatisierte Konzerne oder europäische Bahnen.

So treten an die Stelle staatlicher Monopole der Daseinsvorsorge neue private Monopole ohne demokratische Kontrolle. Metronom, als Gemeinschaftsprojekt landeseigener Verkehrsbetriebe von Niedersachsen, Hamburg und Bremen gegründet, galt als Vorzeigemodell für eine gute NE-(nicht bundeseigene) Bahn. Mit der Privatisierung wurden zunehmend Klagen über Probleme laut. Wettbewerb wird vorwiegend über Lohnkosten ausgetragen. Hier sind politische Forderungen an die Länder und verbindliche Vergabebedingungen sinnvoll. Denn ein guter Lohn für Bahn- und Buspersonal, der zum Leben reicht, ist auch für die Sicherheit der Fahrgäste entscheidend. Darüber hinaus gehört das System Eisenbahn in die öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle.

Doch davon wollen die maßgeblichen Akteure nichts wissen. Die Kürzung der Regionalisierungsgelder, Schuldenbremse und kommunale Finanznot gefährden viele Projekte. Die drohende Fernbus-Liberalisierung schadet der Eisenbahn ebenso wie das Projekt „Gigaliner“. Ein neuer EU-Richtlinienentwurf sieht mehr Ausschreibungen, Ausgliederungen und die faktische Auflösung der großen integrierten Eisenbahngesellschaften vor. Dies zementiert „britische Zustände“.

## **Was können wir vor Ort tun?**

Wir wollen den Autoverkehr verringern und Verkehr möglichst vermeiden. Bei der Erschließung von Bauland sollte auch eine Anbindung an Schienennetz und ÖPNV-Netz vorgeschrieben sein.

Alle Bahnstrecken und stillgelegten Trassen müssen erhalten werden, eine Umwidmung darf es nicht geben. Der Verkauf von Bahnhöfen an Private ist zu stoppen. Wir brauchen eine Wiederbelebung der Bahnhöfe mit qualifiziertem Personal. Wo kommunale Verkehrsbetriebe privatisiert wurden, muss die Rekommunalisierung durchgesetzt werden. Ebenso setzen wir uns für eine Senkung der Fahrpreise und den Ausbau von Sozialtarifen ein. Nulltarif bei den Stadtbussen ist übrigens in einigen Städten wie Hasselt (Belgien), Aubagne und Compiègne (Frankreich) verwirklicht. In Templin und Lübben (Brandenburg) wurden solche Modelle unter Finanzdruck beendet, geblieben sind aber niedrige Tarife. Kreative Ansätze wie Rufbus, Flexibus, Ruftaxi, Car-Sharing oder Verleih von Fahrrädern sind zu fördern. Es gibt also viel zu tun!

*Hans-Gerd Öfinger,  
Initiative Bahn von unten*

## Resümee: Mobilität ist Voraussetzung für Teilhabe

DIE LINKE will mehr Mobilität im ländlichen Raum für Alle gewährleisten und nicht nur für diejenigen, die sich das von ihrem Geldbeutel her leisten können. Nur wer mobil ist, kann am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Daher sollen flächendeckend zwischen Ems und Lüneburger Heide, zwischen Nordsee und Harz, Sozialtickets und eine SozialBahncard für einkommensschwache Menschen angeboten werden.

Die Linksfraktion hat dazu als einzige Fraktion im Niedersächsischen Landtag parlamentarische Initiativen ergriffen und bei den Beratungen zum Landeshaushalt eine Landesförderung für Sozialtickets im öffentlichen Personennahverkehr gefordert. Entsprechende Anträge wurden aber von der CDU-FDP-Mehrheit im Landtag abgeschmettert.



Die von Hans-Gerd Öfinger in den Mittelpunkt seines Vortrages gerückten Probleme und Herausforderungen der Bahn würde ich gerne in fünf Forderungen der LINKEN unter dem besonderen Blickfeld ländlicher Raum zusammenfassen:

Wir treten ein für eine

- Sozialbahn, die dafür sorgt, dass Mobilität kein Privileg der Bessergestellten ist und Menschen mit Behinderungen barrierefrei reisen können.
- Flächen-Bahn, die den Mobilitätsbedürfnissen der großen Mehrheit der Bevölkerung gerecht wird.
- Gute-Arbeit-Bahn, die noch mehr gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze zu guten Löhnen anbietet.
- Bürgerbahn mit dezentralen Strukturen, die Fahrgäste und Beschäftigte in Entscheidungen einbezieht.
- Umweltschutz-Bahn, die ihren Strom aus erneubaren Energiequellen bezieht.

Mehr Mobilität im ländlichen Raum ist gleichbedeutend mit guten Wegen für den Autoverkehr, den Fußgängerverkehr und den Fahrradverkehr. Es ist nicht hinnehmbar, dass nahezu 90 Prozent der Landesstraßen in Niedersachsen beschädigt sind, darunter weist fast die Hälfte mittlere und starke Schäden auf. Zwei Drittel der Straßenbrücken des Landes befinden sich in keinem guten Zustand. Dadurch steigt das Unfallrisiko und erfolgt anhaltender Verzehr von Landesvermögen. Der Landesrechnungshof verlangt von der Landesregierung mindestens eine Verdoppelung des Haushaltansatzes für die Sanierung der Straßenbrücken.

Auch das sei gesagt: Die LINKE lehnt neue Autobahnprojekte ab. Und nach wie vor gibt es, bei aller regionalen Differenziertheit, in Niedersachsen zu wenig Fahrradwege. Das beeinträchtigt nicht zuletzt die touristische Attraktivität ganzer Landschaften, einiger Städte ebenso. Die Linksfraktion wird deshalb der Sanierung von Landesstraßen und Landesbrücken sowie dem Bau neuer Radwege, nach den tatsächlichen Notwendigkeiten und nicht nach der Kassenlage, weiterhin besondere Aufmerksamkeit schenken.

*Ursula Weisser-Roelle, MdL,  
verkehrspolitische Sprecherin*

## Referat: Armut auf dem Land – gibt es das?

Trotz Armutsbericht und zunehmender Anerkennung ihrer Existenz bleibt Armut ein randständiges Thema, das nur selten konkret wahrgenommen und thematisiert wird. Das wahre Ausmaß von Armut wird statistisch weggelogen, zum Beispiel über die Kinderzuschläge, die vom Haushaltseinkommen wieder abgezogen werden. Die versteckte, statistisch nicht erfasste Armut dürfte deshalb erheblich sein.

Für die Definition von Armut gibt es verschiedene Ansätze, zentral ist dabei die Unterscheidung von absoluter und relativer Armut. „Absolute Armut“ betrifft die nackte Existenz. Als absolut arm gelten Menschen, deren Einkommen bei nur 70 Cent oder weniger am Tag liegt. So arm sind Menschen in Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, meist nicht. Dennoch gibt es auch hier drastische Ausgrenzung durch Armut. Diese „relative Armut“ setzt die ökonomische Situation eines Einzelnen in Beziehung zu der Gesellschaft, in der dieser Mensch lebt. In Deutschland und Europa gilt als arm, wer weniger als 50 Prozent des Durchschnitts des „Nettoäquivalenz-Einkommens“ hat, das sind zurzeit etwa 730 Euro pro Monat. Wer weniger als 60 Prozent dieses Eckwertes bekommt, gilt als potenziell von Armut bedroht, die sogenannte Armutrisikogrenze liegt bei rund 880 Euro im Monat.

In Deutschland steigen Zahl und Anteil der von Armut betroffenen Menschen seit einigen Jahren an. Zwar sind die verwendeten Zahlen je nach Quelle unterschiedlich, die Richtung ist aber stets die gleiche: Arme werden ärmer, und Reiche werden reicher. Zwischen 2000 und 2006 ist der Anteil der armen Menschen von unter 12 Prozent auf über 18 Prozent gestiegen. Seit 1990 sind die Einkommen des ärmsten Zehntels um fast 15 Prozent gesunken, die des reichsten Zehntels aber um über 30 Prozent gestiegen. Innerhalb von nur drei Jahren (2005-2008) hat sich die Zahl der armen Kinder auf über 2,6 Mio. verdoppelt. Die Zahl der Grundsicherung beziehenden Alten wuchs kontinuierlich auf inzwischen fast 10 Prozent.

Armut ist ungleichmäßig über die Bevölkerungsgruppen verteilt. Einzelne Gruppen sind in besonderer Weise von Armut gefährdet oder betroffen: Arbeitslose, Alleinerziehende, Familien, MigrantInnen sowie körperlich, geistig und seelisch Beeinträchtigte, Schlechtqualifizierte und demnächst auch Alte. Armut ist dabei genauso vererbbar wie Reichtum. Armut stresst, macht krank, gefährdet die körperliche und seelische Gesundheit der Armen und ihrer Angehörigen: Arme sterben früher und in schlechterer gesundheitlicher Verfassung.



## Wodurch zeichnet sich Armut auf dem Land aus?

In der Anonymität der Stadt schlägt Armut aufgrund mangelnder sozialer Netzwerke voll durch. Gleichzeitig existiert hier aber eine größere Bereitschaft, die bestehenden Rechte auch einzufordern. Generell unterscheidet sich das Land von der Stadt durch: a) eine geringere Infrastrukturdichte bei Öffentlichem Personenverkehr, Kultur, Einrichtungen des täglichen Bedarfs und der Gesundheitsversorgung; b) große Distanzen zu zentralen Orten, Arbeitsplätzen oder Bildungseinrichtungen; c) eine höhere Bedeutung nachbarschaftlicher Beziehungen; und schließlich d) eine höhere Bedeutung traditioneller Werte wie Familie und „eigener Scholle“, Religion und Kirche sowie eine politisch eher konservative Grundhaltung.

Auf dem Land war Armut stets prägend für das Leben; Armut war „normal“ und wurde eher als kollektives Schicksal denn als individuelles Versagen wahrgenommen. Armut auf dem Land ist auch heute normal, steht aber im Kontrast zu durchaus auch vorhandenem Wohlstand und wird dem Armen selbst zugeschrieben, also aus dem Verantwortungsbereich der Gemeinschaft herausgelöst. Dieser kulturelle Bruch – das Verschwinden des „Landes“ – macht Armut besonders belastend.

Das Sozialwissenschaftliche Institut der Evangelischen Kirche hat 2010 eine qualitative Studie mit dem Titel „Nähe, die beschämt. Armut auf dem Land“ herausgegeben, die auf Befragungen in fünf niedersächsischen Gebieten beruht. Dazu gehören die Kreise Nienburg, Cuxhaven, Lüchow-Dannenberg, Uelzen und Aurich. Die wesentlichen Ergebnisse lassen sich in folgenden teils widersprüchlichen Kernaussagen zusammen fassen:

- Arme wollen nicht als Arme identifiziert werden.
- Die soziale Kontrolle in der dörflichen Struktur wird als belastend erlebt.
- Arme fühlen sich aus der Dorfgemeinschaft ausgeschlossen.
- Arme erleben in der ländlichen Struktur Schutz.
- Mobilität ist ein Schlüssel zur Teilhabe.
- Die Menschen haben gelernt, mit Armut und Mangel zu leben.
- Teilhabe von Armen braucht Wertschätzung und Anerkennung.
- Von der Kirche erwarten sich Menschen in Armut Unterstützung für ihre Kinder.

Herausragend für das individuelle Erleben von Armut auf dem Land sind eine generelle Scham und Ängste, die neben den ökonomischen Beeinträchtigungen existieren: Die Angst, als arm erkannt zu werden, die Angst vor sozialer Isolierung und letztlich die Angst um das Erleben des Verlusts der eigenen Würde.

*Dr. Stefan Hochstadt, wissenschaftlicher Mitarbeiter  
der FH Dortmund im Forschungsbereich „Planen und Bauen im Strukturwandel“*

## Resümee: Armut auf dem Land – Ausschluss aus der Gemeinschaft?

Armut ist sichtbar. Kaum ein Mensch leugnet ihre Existenz - und trotzdem fragen wir uns immer wieder, warum Armut in einem reichen Land wie dem unseren ein derart randständiges Thema ist. In der öffentlichen Wahrnehmung wird Armut besonders stark bei Alleinerziehenden, Erwerbslosen, MigrantInnen und Familien lokalisiert. Kinder und eine fehlende Erwerbstätigkeit erhöhen unbestritten das Armutsrisiko.

Der Wissenschaftler Dr. Stefan Hochstadt von der FH Dortmund stellt fest, dass die Auswirkungen von Armut im ländlichen Raum oftmals und fälschlich als erträglich dargestellt werden, indem man „Naturnähe oder günstigere Mieten“ anführt. Diese Aussagen werden von Hochstadt ad absurdum geführt, wenn er auf die besonderen Nachteile durch eine geringere Infrastrukturdichte hinweist - beispielsweise bei soziokulturellen Einrichtungen, beim ÖPNV oder Läden zur Befriedigung des täglichen Bedarfs - sowie auf die besonders hohe soziale Kontrolle in Dorfgemeinschaften.



Patrick Humke, MdL

Gestützt werden seine Thesen auch von der Studie „Nähe, die beschämt. Armut auf dem Land“ von Marlis Winkler, die 2010 vom Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD veröffentlicht wurde. Diese lesenswerte Veröffentlichung belegt, dass Arme nicht länger als Arme identifiziert werden wollen, dass die soziale Kontrolle in der dörflichen Struktur als belastend erlebt wird, und dass Arme sich aus der Dorfgemeinschaft ausgeschlossen fühlen. Des Weiteren werde Mobilität als ein Schlüssel zur Teilhabe gesehen.

Die Behauptung, viele Arme hätten im Laufe der Zeit gelernt, mit ihrer Situation zu leben, ist kein Argument für Untätigkeit! Die Frage, wie allen Menschen eine Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht werden kann, ist eine der zentralen Fragen nicht nur für DIE LINKE. Die Gesellschaft wird sich fragen lassen müssen, ob sie sich eine wachsende Armee der Armen und Besitzlosen leisten möchte, oder ob mit einer radikalen Umverteilungspolitik die Schere zwischen Arm und Reich geschlossen werden soll. Wir werden weiterhin die Frage der Armut nicht von der Frage des Reichtums trennen - unabhängig von der Frage Stadt oder Land.

*Patrick Humke, MdL,  
sozialpolitischer Sprecher*

## **Wir dürfen das Land nicht abhängen!** **Ein Fazit der Fraktionsvorsitzenden Kreszentia Flauger**

Es war klar, dass wir mit dem Fachgespräch zum ländlichen Raum im Flächenland Niedersachsen ein brennendes Thema anfassen. Die hohe Zahl der Teilnehmenden und das durchgängig rege Interesse haben uns dennoch positiv überrascht. Dieser Erfolg der Veranstaltung hat uns darin bestätigt, dass wir uns noch viel stärker für den Erhalt und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge auf dem Land einsetzen müssen. Ob ÖPNV-Anbindung, ärztliche Versorgung, qualifizierte Pflege oder Internet-Zugang: Die Einschränkungen oder Benachteiligungen in der sozialen Infrastruktur treffen vornehmlich ältere Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt im ländlichen Gebiet fest verankert haben. Auf die jüngeren Menschen hat das gleichzeitig den Effekt, dass sie zunehmend vom Land wegziehen – und das unabhängig davon, welche Haltung sie persönlich zum Leben auf dem Land haben.



Kreszentia Flauger, MdL

Die inhaltlichen Auseinandersetzungen beim Fachgespräch haben uns gezeigt, dass wir die unterschiedlichen Einzelthemen noch einmal genauer unter die Lupe nehmen müssen. Unsere Fraktion plant daher weitere Veranstaltungen, bei denen wir dann etwas mehr in die Tiefe gehen wollen. Welche genauen Bedarfe gibt es etwa in der Gesundheitsversorgung, und welche Lösungskonzepte können dazu beitragen, dass auch die Menschen in Ostfriesland, im Emsgebiet oder im Wendland hinreichend versorgt sind. Ähnliche Fragen sind bei der Infrastruktur aufzuwerfen. Dabei stellen sich zum ÖPNV ganz andere Fragen als für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe. Hier gibt es noch Vieles zu erarbeiten. Wir als Landtagsfraktion DIE LINKE werden uns an diese Arbeit machen, denn wir sind uns völlig darin einig: Wir dürfen das Land nicht abhängen!

*Kreszentia Flauger, MdL  
Fraktionsvorsitzende*



# Impressionen





## Impressum:

Fraktion DIE LINKE im Niedersächsischen Landtag

Gestaltung: Markus Hintze

V.i.S.d.P.: Ursula Weisser-Roelle

Anschrift: Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Tel.: 0511 – 30 30 44 02

Fax: 0511 – 30 30 48 80

info@linksfraktion-niedersachsen.de

www.linksfraktion-niedersachsen.de

Darf nicht für Wahlkampfzwecke genutzt werden!

[www.linksfraktion-niedersachsen.de](http://www.linksfraktion-niedersachsen.de)  
[info@linksfraktion-niedersachsen.de](mailto:info@linksfraktion-niedersachsen.de)